

Sächsische Volkzeitung

Einige Katholische Tageszeitung in Sachsen.

Ausgabe A mit illustrierter Wasserdruckungsbeilage und zeitg. Wochenbeilage Zehnertal. Ausgabe B mit der Wochenbeilage.

Der Rücktritt der Regierung

Die Ehrenpunkte

Weimar, 20. Juni, 1. Uhr nachts.
Das Kabinett ist soeben zurückgetreten, es wird die Geschäfte vorläufig weiter führen, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

Die Krise ist früher eingetreten, als man geglaubt hat. Daß sie kommen würde, darüber konnte von vornherein kein Zweifel bestehen. Die Stimmung in Weimar stand seit vorgestern auf Krisenkraut. Das kann man deutlich aus dem Stimmungsbild unseres Weimarer Vertreters erkennen, das inzwischen gewiß zum Teil durch den Rücktritt des Kabinetts überholt ist, daß wir der allgemeinen Beurteilung wegen aber doch noch in vollem Umfange nachfolgend verbürgt sind. Was nun? Eine Reihe von Blättern sind voll von Mitteilungen über die Haltung der einzelnen Minister, über die Stellung der verschiedenen Abgeordneten und Fraktionen und dergleichen. Ein klares Bild darüber, wie die Dinge liegen, läßt sich im Augenblick noch nicht geben. Schiedemann kommt für die Unterzeichnung dieses Friedensvertrages nach seiner Rede in der Universitätsaula in Berlin überhaupt nicht in Frage. Wie vorschnell manche Blätter urteilen, mag daraus erächtlich sein, daß die Meldungen, Giesberts sei durchaus ablehnend, nicht richtig sind. Im Zentrum ist ohne Zweifel eine starke Strömung für die Unterzeichnung, jedoch nur unter ganz bestimmten Vorbedingungen. Es handelt sich bei diesen Vorbedingungen vor allem um die sogenannten Ehrenpunkte. Auch die Anhänger der Unterzeichnung — mit Ausnahme der Unabhängigen natürlich — sind der Ansicht, daß folgenden vier Teilen des feindlichen Friedensvertrages nicht zugestimmt werden kann nämlich 1. der Aufbürdung der Alleinherrschaft Deutschlands am Weltkrieg, 2. der Auslieferung des Kaisers u. a. politischen Persönlichkeiten usw. handelt sich dabei um etwa 300 Personen, darunter auch Parlamentarier), 3. der gegnerischen Schlussfolgerung, daß Deutschland durch seine Verwaltungstätigkeiten in den Kolonien einen Anspruch auf kolonialpolitisches Verwaltungsrecht habe, 4. der budgetrechtlichen Neuerordnung der gegnerischen Wiederherstellungsmission und ihrer Oberhoheit in Zoll- und Wirtschaftsfragen. Diesen Standpunkt nimmt auch, wie uns heute vormittag unser Vertreter in Weimar drabt, Giesbert ein. Unter diesen modifizierten Vorbedingungen ist auch Erzberger für die Unterzeichnung. Die Auseinandersetzungen im Kabinett waren außerordentlich heftig. Der Rücktritt ist ohne Zweifel deshalb erfolgt, weil die Fraktionen der Mehrheitsparteien es abgelehnt haben, innerhalb einer bestimmten Frist bindende Erklärungen abzugeben. Wie uns weiter aus Weimar mitgeteilt wird, wird die Stimmung für eine Annahme des Friedensvertrages unter Protest vor allem aus Süddeutschen Kreisen mit dem Hinweis darauf genährt, daß bei einem Einmarsch der Gegner das Reich unmittelbar zerstört würde. Diese Befürchtung ist nicht völlig unbegründet. Auch die Möglichkeit einer sofortigen Trennung des Südens vom Norden darf nicht von der Hand gewiesen werden. Wie gesagt, ist jetzt die Hauptfrage die, was denn nun in Weimar geschehen wird. Schwere innerzialeidenungen und heftige politische und parlamentarische Kämpfe scheinen kaum mehr vermeidbar. Uns davor zu bewahren, wäre nur möglich, wenn es noch gelingen würde, eine gemeinsame Basis des Handelns zu finden.

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Sie sieht das deutsche Volk der Bedeutung dieser Stunde bewußt. In alldutschen Blättern kann manche Leute jetzt wie vorne, weil auch bürgerliche Abgeordnete unter gewissen Voransetzungen und Vorbedingungen für die Unterzeichnung sind. Bedenken diese Blätter, was sie für Verantwortung auf sich laden. Häätte man das Bewußtsein und die Gewißheit, daß das deutsche Volk die Kraft in diesem Augenblick hätte, sich zu wehren, kein Mensch dürfte für die Unterzeichnung eintreten, auch unter Vorbedingungen nicht. In diesem Augenblick dürfen wir keine Gefühlspolitik, sondern müssen Realpolitik treiben. Wer heute sich das Leben in den Städten ansieht, wer auf der einen Seite all das Elend kennt und auf der anderen Seite die entnervte Vergrößerungsfürcht nicht überseht, der weiß, daß der Geist von 1818 deshalb gegenwärtig nicht in uns lebendig werden kann, weil im deutschen Volke entweder die körperlichen oder die psychischen Kräfte fehlen. Auch wir sind allerdings der Überzeugung, daß doch vielleicht eines Tages auch so licht, das deutsche Volk wieder erwachen wird. Gerade der Rücktritt des Kabinetts in Weimar zeigt, wie schwierig es ist, ein Urteil über das zu fällen, was besser wäre: Annahme oder Ablehnung. Hindenburg, der Deutschkönig

Auf- und Abstieg miterleben mußte, hat in den letzten Tagen in Solberg gesagt: „Mit dem Glauben an eine bessere Zeit gehe ich ins Grab.“ Diesen Glauben an eine bessere Zeit wollen wir nicht verlieren, und vor allem jetzt soll das deutsche Volk dafür sorgen, daß es wenigstens vor den Allerklümpchen bewohnt bleibt. Das ist nur möglich durch Einigkeit, und das ist unmöglich bei gegenwärtiger Verdächtigung. An allen Enden des Reiches flammt es bereits auf. Der Spartakismus ist überall am Werk. Auch dieser Faktor darf nicht unbeachtet bleiben. Stunden höchster Spannung sind gekommen; denn wir wissen heute nicht, wie das Morgen aussehen wird.

Die Stellung des Zentrums zur Friedensfrage

(Eigener Drahtbericht der „Sächsischen Volkszeitung“.)

Die Zentrumsfraktion hält am Freitagabend eine dreistündige Sitzung ab, zu welcher sämtliche Mitglieder erschienen waren. Die Befreiungen standen unter dem erschütternden Eindruck der Entscheidung, die bevorsteht. Die Frage der Ablehnung oder Unterzeichnung wurde unter allen nur denkbaren Gesichtspunkten und unter Erörterung aller möglichen Folgen und Wirkungen eingehend besprochen. Eine endgültige Stellungnahme erfolgte heute noch nicht, dennoch ließ sich erkennen, daß die überwiegende Mehrheit für eine Unterzeichnung des Friedensvertrages ist. Man ließ sich dabei insbesondere von der Erwagung leiten, daß eine Ablehnung auf absehbare Zeit keinen besserem, sondern nur noch einen schlechteren Friedensschluß für uns bringen würde, daß aber die allernächsten Folgen des feindlichen Einmarsches Revolution im Jungen und Zerfall des Reiches wären. Die Abgeordneten aus den abzutretenden Gebieten sind selbstverständlich nicht für die Unterzeichnung. Außer diesen haben sich auch noch wenige Abgeordnete für die unabdingbare Ablehnung ausgesprochen. Das Zentrum will aber auch keine unabdingte Annahme. Es soll versucht werden, die sogenannten Ehrenpunkte aus dem Friedensvertrag auszuschalten, also Aufbürdung der Kriegsschuld an Deutschland, Auslieferung militärischer und politischer Persönlichkeiten, Überführung deutscher kolonialpolitischer Fähigkeiten und Aufsiedlung einer wirtschaftlichen Oberhoheit der Wiederherstellungsmission. Würde die Entente diese Vorbedingungen ablehnen, so würde auf sie die Verantwortung für alles Weitere fallen müssen. Die endgültige Stellungnahme erfolgt erst am Freitag.

Die Stimmung in Weimar

Von unserem parlamentarischen Sondervertreter in Weimar erhalten wir folgende schiefende Schilderungen über die Stimmung in Weimar, wie sie sich gegenwärtig unter dem Druck der ungeheuren politischen Spannung angesichts der folgen schweren Entscheidung entwickeln. Wir geben dieses Stimmungsbild unseren Lesern wieder, ohne aber den Standpunkt zu den Einzelfragen in allen Punkten für uns zu eignen zu machen. Wir glauben aber doch, daß die nachfolgenden Aufzeichnungen das Urteil über die gegenwärtige Lage und die Zusammenhänge, die für die zu treffende Entscheidung berücksichtigt werden müssen, wesentlich erleichtern.

Zur Stunde schwankt natürlich die Schicksalsfrage, ob unterzeichnet wird oder nicht, auf aller Lippen in Weimar. Man legt sich naturnahmlich namentlich in Regierungskreisen, aber nicht minder in politischen Kreisen die Frage der Folgen in dem einen wie in dem anderen Falle vor. Werden wir unterzeichnen, dann ist es klar, daß die spätere Regierung gerade von denjenigen Kreisen den starken Anstrengungen ausgeht sein wird, die jetzt nach einer Unterzeichnung unter allen Umständen rufen. Das Falle der Unterzeichnung müßte mit Hilfe der Presse eine gewaltige Propaganda im ganzen Volke Platz greifen, welche die Gründe, die die Regierung zur Annahme bestimmt haben, darlegt. Das würde natürlich eine ungeheure saure Arbeit werden angesichts der furchtbaren Schwere der Bedingungen und der fast unmittelbar nach ihrer Annahme sich geltend machenden Folgen. Das wäre aber auch sicher, daß eine Regierung nach Unterzeichnung des Vertrages sich halten könnte unter der rücksichtslosen Anwendung aller zur Verfügung stehenden Mitteln gegen alle die-

jenigen, die dann nach dem Einmarsch dieser Regierung die Ansetzung immer neuer Unruhen und neuer Verrücktheit betrieben. Gerade nach Abschluß des Friedensvertrages werden wir zur Erfüllung unserer Pflichten alle unsere Kraft zusammennehmen müssen, um überhaupt eine Basis zu gewinnen, die es uns gestattet, einen Wiederaufbau unseres Landes, mentalisch wie technisch, wieder einzurichten. Mit diesem Gedanken also muß man sich heute schon vertraut machen. Ich nach Annahme des Friedensvertrages erwartet die letzte Regierung ausgebildet, aber vollständig neu gebildet wird und zwar am letzten Februarwochenende denkbar freiehafte Partei. Von jetzt an diesem Jahre und währenddessen die Medien, die zu diesem Zweck sind, um weiterhin eine neue Basis einzurichten, bestehen können, kann man in einer kleinen Ratsversammlung Angenommene nicht einfach fort, in einer kleinen Ratsversammlung ist zumindest die entsprechende Entscheidung nach dem 9. November 1918 vorzunehmen. Es wäre dann auch die Wahl frei, daß es einzigt und allein für das Wohl und den Frieden des eigenen Landes bestrebenen Parteien zu kommen. Deutzen gehen jetzt schon die Vorbereitungen dahin, eine so wichtige Arbeitsgemeinschaft zu führen. Von diesem Zeitpunkt an müssen wird in der Tat davon abhängen, ob die neuen Verhältnisse diejenige Bürgschaft erhalten, die konzentriert ist, um unsere tägliche Arbeitserweiterung möglich machen. Es kann in Formen zu stecken, die uns einerseits die Erfüllung der Friedensbedingungen möglich machen, die uns andererseits gestatten, den Aufbau unseres Wirtschaftslandes nach neuen Prinzipien ins Werk zu setzen.

Im Falle abgelehnt würde, würde die jetzige Regierung natürlich sich nicht zu helfen vermögen. Von zentraler Seite, von den Unabhängigen und Kommunisten wäre gerade jetzt eine auch in Anwendung von Maschinengewehren betriebene Propaganda in Szene gelegt mit dem ziel, die Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages oder aber zum Rücktritt zu zwingen, um die Wahl zu machen für eine unabhängige Regierung, die nach wie vor die Dinge auch nur eine vorübergehende Entscheidung wäre und tatsächlich den Kommunisten nach dem Muster Wahl und Unparteiischer Wahl zu machen hätte. Unter diesen Verhältnissen ist die Entscheidung, vor welche sich jetzt die Stimmung und Nationallversammlung stellt, eine vorzüglich wichtige.

Es gibt in parlamentarischen Kreisen insbesondere eine starke Richtung, welche die Meinung vertritt, man solle nicht unterzeichnen und den Dingen einfach ihren Lauf lassen. Die Vertreter dieser Richtung sind dabei der Meinung, daß die Gegner wohl kannen ihren Einmarsch nach Deutschland vollziehen und daß sie bei dem Verteilen des jüngsten Friedensschlusses noch mehr mißtrauen. Es verhält sich nicht anders nach den Erfahrungen und Bedachtungen, die ich bei einer dieser Tage durchgeführten präzisesten Seite nach Süddeutschland gemacht habe. Dieser Aufschluß nicht ausführlich. Au dem Einmarsch der Gegner dürfte nach Lage der Dinge wirklich nicht zu zweifeln sein. Die Stimmung, welche sich seitens der Franzosen bei der Abreise unserer Delegation von Versailles offenbart, läßt doch vielleicht erkennen, daß große Teile des französischen Volkes zumindest noch einem Einmarsch des Krieges in das noch unverfehlte deutsche Gebiet leidet. Eine Sollnung auf den französischen Sozialismus ist ebenfalls völlig unangemessen, denn der Pariser Volks, der sich an den Ausschreitungen in Versailles beteiligte, gehört zum überwiegenden Teile jener, die diesen sozialistischen Kreisen an. Wir sind nunmehr in einer Zwischenlage, in welcher es nicht gefährlich ist, sondern rein rechtlich läßt und müßt sich entscheiden werden, was welches Ubel das kleinere ist.

Den führenden Kreisen wird im Falle der Ablehnung auch der sofortige Zerfall des Reiches in einzelne Teile befürchtet. Es wäre ja eine andere Frage, ob dieser Zerfall bei Unterzeichnung des Friedensvertrages im Laufe des Zeit überhaupt aufzuhalten werden könnte. Die Loslösung des Westens und der Bruch zwischen Nord- und Süddeutschland wäre aber im ablehnenden Falle doch wohl unmittelbar zu erwarten. Ich mit Rücksicht darauf, daß die Gegner verhindern würden, mit solcher Art gebildeter Reichspolitik unter Jubiläum von Sondervereinen zum Friedensschluß zu kommen. Brennen würde an die Weise völlig isoliert, was ja auch den letzten Absichten der Gegner und ihren Plänen nur entgegenkäme. Auch von diesen Bedenken aus muß die jetzige Frage betrachtet werden.

Von einem hervorragenden Mitgliede der heute angekommene Verfailler Friedensdelegation höre ich über den allgemeinen Standpunkt dieser Delegation das Folgende:

Die idellen Einzelheiten des gegnerischen Friedensvertrages, also die Aufzürdung der Alleinhuld am Weltkriege an Deutschland, die Forderung der Auslieferung des Kaisers und anderer für den Krieg oder seine Führung verantwortlich gemachter Persönlichkeiten, die Behandlung der Gefangenentrage usw. können unter keinen Umständen von deutscher Seite nach den Forderungen der Entente angenommen werden. Dagegen sei Deutschland durchaus bereit, in den materiellen Fragen, der Entschädigung und Wiedergutmachung den feindlichen Wünschen sich anzupassen, wie das ja auch mehrfach von deutscher Seite ohne alle Umschweife erklärt worden ist. Mein Gewährsmann sieht seine Ansicht darin zusammen, daß unter Berücksichtigung des Krieges, unter dem wir stehen, leichten Endes doch eine Unterordnung erfolgen müsse, allerdings bedauert mit einem ausführlichen Protest, der sich insbesondere auf die Beilegung unseres Standpunktes zu den oben angedeuteten idealen Teilen des Friedensvertrages erstreckt. Diese Stimmung, unter Protest zu unterzeichnen, ist auch in parlamentarischen Kreisen im überländischen Baden begriffen. Heute die Norm des Protestes geben allerdings die Meinungen auseinander. Es muß in jedem, die Welt gerade erütternden Worten und von einem überragenden Standpunkte aus in großzügiger Auffassung der Gesamt-situation gehalt zu werden.

Wie ich von einer anderen Seite aus der Friedensdelegation höre, ist der vorstehend entwidete Standpunkt hinsichtlich der Schlussfolgerung, wonach wir letzten Endes doch unterzeichnen sollten, nicht die Gleichaufstellung aller Delegationenmitglieder. Die Delegation hat vielmehr ein Gutachten ausgearbeitet, welches erklärt, daß der Frieden auch auf dieser Grundlage nicht angenommen werden könne. Es wird nur noch erwogen, ob man den Gegnern erklären soll, unter dem Dache der Loge den Frieden anzunehmen unter dem Vorbehalt des Verfalls der oben erwähnten Grenzpunkte.

Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß andere Mitglieder der Reichsregierung und andere Persönlichkeiten noch Verhandlungen zur Unterzeichnung des Friedens delegiert würden, falls das Reichsparlament und die Nationalversammlung doch zu dem Entschluß kämen, den Frieden unter den entwidernden Vorbehalten und Protesten anzunehmen. Sollte das der Fall sein, so würde diese Unterzeichnung auch nur unter der Erklärung erfolgen, daß man lediglich unter den von der Entente geübten Zwang zu dieser Maßnahme schreite.

Ein Weimarer Putsch

Von unserem Vertreter in Weimar.

Die Weimarer Vorgänge in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch haben gezeigt, mit welchen Zielen der große machtpolitische Kampf, der in der Entwicklung begriffen ist, sich träßt. Wäre der Putsch der Weimarer Ausbreiter gelungen, so wäre das das Signal zu einem sich über ganz Deutschland erstreckenden kommunistischen Putsch gewesen mit dem Ziele, sofort die Regierung zu stürzen, die Nationalversammlung zu sprengen und den Friedensvertrag der Entente zu unterzeichnen. Das weitere Ziel dieser Bewegung, deren Kraft und Größe und vor allen Dingen, deren Umfang im deutschen Lande man nicht unterschätzen soll, wäre dahin gegangen, sofort unter völker Zerstörung aller bestehenden Regierungs- und Verwaltungseinrichtungen, aller unserer wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen, das kommunistische Reich nach dem Muster der russischen Sowjetregierung und der ungarischen Räterepublik zu errichten.

Die Weimarer Aufständigen gingen ganz planmäßig und großzügig zu Werke, und ihre Schuld ist nicht, daß ihr Plan nicht durchgeführt werden konnte. Noch bekannte Rästern entwaffneten sie die militärischen Waffen und setzten sich selbst in den Besitz von Waffen, namentlich von Maschinengewehren, die ja seit dem 9. November als das beweisstärkste Überzeugungsmittel im Kampf der politischen Meinungen angesehen werden. Um ein Haar wäre es ihnen gelungen, die ganze in Weimar versammelte Regierung zu "verbauen". Die das Schloß bewohnenden Truppen haben sich als nicht zuverlässig erwiesen. All diese Vorgänge zeigen uns, wie doch im Grunde schwankend die "Macht" ist, auf welche sich unsere gegenwärtige Regierung zu stützen vermag. Das ist ein ernstes Warnungssignal, das niemand im Volke überhören soll.

Tagesmeldungen

Bor dem Einmarsch

Berlin, 20. Juni. Nach einer meldung des "Volkstagszeitung" aus Köln zogen gestern morgen starke englische Truppenteile von der linken nach der rechten Rheinseite bis zur Grenze des Kölner Brückenkopfes, um sich zum Einmarsch in das unbefestigte Gebiet bereit zu halten.

Die Stellung des Zentralrates

Berlin, 20. Juni. Der Zentralrat der deutschen Sozialdemokratischen Republik tritt im "Vorwärts" für Unterzeichnung des Vertrages ein. Es werde niemanden in Deutschland geben, dem das Ja wie das Nein nicht als ein riesenschweres Schiffswort erscheine. Rest aber könne nicht mehr ausgewichen werden und der Zentralrat hält es für seine Pflicht, auszusprechen, daß die Unterzeichnung als ein Resultat der Zwangslage erfolgen müsse.

Gleichzeitig mit der Erklärung des Zentralrates veröffentlicht der Vorwärts einen Artikel von E. Barth, in dem mit Wärme die Volksabstimmung empfohlen wird weil zu glauben sei, daß für diese Lösung im deutschen Volke wie in Kreisen der politischen Führer eine überwältigende Mehrheit, eine große Geschlossenheit erreicht werden könne.

Die demokratische Fraktion legte dem Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen, wie mehrere Blätter melden, den Antritt aus der Fraktion nahe, weil er zu denjenigen

Abgeordneten gehöre, die für eine glatte Annahme der Bedingungen sind.

Maßnahmen der Schweiz

Bern, 19. Juni. (Schweiz. Depechesagent.) Am 23. Juni abends läuft die Frist ab, in der Deutschland die Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen zu erklären hat. Wie auch die Entscheidung ausfallen wird, so besteht in dieser Zeit die Möglichkeit von Unruhen in Deutschland und daß diese nach der Grenze übergreifen könnten. Der Bundesrat hat deshalb zum Schutz der Nordgrenze auf den 23. Juni Truppen aufgeboten. Der Bundesrat hofft, daß das Aufgebot nur von kurzer Dauer sein wird und die Truppen bald wieder entlassen werden können.

Eisenbahnerstreik in Thüringen

Weimar, 19. Juni. Seit heute nachmittag 1 Uhr befinden sich die Eisenbahnerarbeiter und ein Teil der Beamtenchaft im Streik gegen das Eingreifen der Regierungstruppen in Erfurt. Die noch unterwegs befindlichen Züge werden vorläufig noch abgesetzt, so daß eine große Zahl der Teilnehmer der Nationalversammlung und der Presse Weimar noch rechtzeitig erreichen könnten.

Untergang eines Lebensmittelgeschäfts

Berlin, 20. Juni. Wie dem "Berliner Tageblatt" aus dem Saar berichtet wird, ist das deutsche Schiff "Mainz" auf dem Wege nach Deutschland, beladen mit 1300 Tonnen Reis, durch eine treibende Mine untergegangen. Die Überlebenden wurden durch ein französisches Torpedoboot gerettet.

Die Verhildung Polens

Berlin, 19. Juni. Auf die bevorstehende Verhildung Polens wird von berufener Seite in folgenden Bemerkungen hingewiesen: Es ist zwar richtig, daß der Friedensvertrag, wie die Entente ihn uns vorgelegt hat, die Polen nur mit einem Anteil an der vor dem Kriege vorhandenen Staatschuld belastet. Trotzdem wird Polen in erheblichem Maße durch Kriegsosten getroffen werden. Nach zuverlässigen Mitteilungen hat die französische Regierung an die Polen das Aufkommen gestellt, 25 Milliarden Frank Anteil an den französischen Kriegsosten zu übernehmen. Außerdem an den französischen Kriegsosten zu übernehmen. Außerdem sollen die Polen dem Vernehmen nach auch einen wesentlichen Teil der russischen Schulden übernehmen, und zwar wird behauptet, daß es sich um 11 Milliarden Rubel handelt. Zu dieser Schulden kommen die nicht unerheblichen Kosten, die die Polen aus ihrer gegenwärtigen Kriegstätigkeit an allen Fronten zu zahlen haben. Dazu kommen die notwendigen Anforderungen für die Hebung des kulturell lebenswerten Kongresspolens. Bei der Armut Kongresspolens ist aber nicht daran zu denken, daß der Staat die Mittel für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke aufbringen kann. Der Träger der Last wird im Gegenteil überall der gegenüber Kongresspolens hochentwidete, aus dem bisher preußischen Gebiet kommende Teil sein.

Die Lage in China

Amsterdam, 19. Juni. Laut "Allgem. Handelsbl." meldet die "Times" aus Peking vom 10. d. M., daß sich die Lage in China verschärft habe. Neben der Boxer-Bewegung ist jetzt auch eine Bewegung entstanden, die gegen die militärische Regierung gerichtet ist. Der gesamte Handel steht so gut wie still. Es droht ein Eisenbahn-, Post- und Telegrafenstreik. Die Bewegung gegen die Regierung beschränkt sich nicht nur auf die Studenten, sondern auch einflussreiche Elemente aus der Verwaltung nehmen daran teil. Der Beschuß der Pariser Konferenz bezüglich Schantungs habe das ganze Land gegen die Japaner aufgeholt und viel Erbitterung gegen die Alliierten erzeugt. Bisher haben nur unbedeutende Kundgebungen gegen die Ausländer stattgefunden.

Sächsische Volkskammer

Dresden, 19. Juni

Auf der Tagesordnung standen die allgemeine Vorberatung über die Tagesordnung, den Wegfall des Landtagsausschusses zur Verwaltung der Staatschulden und die Interpellation des Abg. Hartmann (Dem.) und Genossen betr. das Verbot von Lebensmittelauflagen. Die Tribünen waren schwach besetzt.

Abg. Günther (Dem.) bemerkte zu Punkt 1 der Tagesordnung, daß entgegen der in der Vorlage ausgesprochenen Ansicht, der Landtagsausschuss zur Verwaltung der Staatschulden nicht ungezögert war. Von der Regierung müsse erst nachgewiesen werden, in welcher Weise eine Verbilligung und Vereinfachung durch den Wegfall des Ausschusses erzielt werde.

Abg. Dr. Wagner (Deutschland): Die Aufhebung des Ausschusses sei damals aus rein politischen Gründen erfolgt, denn die Verbilligung betrage lediglich 3000 M. Durch das Verwinden der A.- und S.-Räte könnte viel mehr erspart werden. Man könne auch nicht behaupten, daß die Einrichtung des Ausschusses veraltet gewesen sei, denn dadurch kommt die Kontrolle der Volkskammer in Wegfall. Vielleicht werde es angebracht sein, den Präsidenten der Oberrechnungskammer an die Spitze der Staatschuldenverwaltung zu stellen und ihm einige Abgeordnete zur Unterstützung beizugeben.

Die Vorlage wurde hierauf einstimmig an die Finanz-deputation verwiesen.

Abg. Hartmann (Dem.) begründet dann die oben erwähnte Interpellation. Es müsse jetzt alles vermieden werden, was als ein Hemmnis für die Wiederentwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens betrachtet werden könne. Den Händlern sei es vielfach nicht anders möglich, als ihre Waren durch Ausstellen im Schaufenster anzubieten. Der Rechner beschreibt dann die ministeriellen Verordnungen über das Verbot von Lebensmittelauflagen und hob hervor, daß hierdurch grobe Benruhigung in den Kreisen der Händler hervorgerufen werden sei.

Staatsminister Schwarz teilt mit, daß zwischen ihm und dem Abg. Hartmann eine Aussprache über die Angelegenheit stattgefunden habe. Es sei eine mäßige Überreibung, wenn der Rechner behauptet, daß infolge der

Verordnung Tausende von Existenz auf dem Spiel ständen. Das Leben auf den Straßen sei immer noch viel zu impulsiv. An ihn seien eine Anzahl Oberbürgermeister, darunter auch der Dresdner, herangetreten, die gewünscht haben, daß diese Schaufensterausstellungen beseitigt werden sollten, denn je könne es nicht weiter gehen, um so mehr, als auch Plünderungen vorgekommen seien. Infolge des Verbotes würden die Waren genau so wie früher an den Mann gebracht. Auch habe er auf das Budenamt nicht eingewirkt, sondern dasselbe sei aus eigener Entließung vorgegangen. Im übrigen habe sich der Kleinhandel überlebt und die Konsumvereine seien der gegebene Faktor der Warenverteilung in der Zukunft.

Ministerialdirektor Geh. Rat v. Hübel betont, daß die Klagen über die Schaufensterauslagen schon älteren Datums seien, denn schon im Jahre 1916 sei hierüber Klage geführt worden. Das Landeslebensmittelamt sei zunächst an die Kommunalverbände herangetreten und habe diese um die Beseitigung des Mißstandes erucht, und zwar teilweise mit Erfolg. Nach und nach seien dann die Schaufenster wieder reichlicher ausgestattet worden, weshalb die Regierung Anfang 1919 das Verbot erlassen habe, das übrigens von den Kommunalverbänden und den Gewerbevereinern befürwortet worden sei. Einem ablehnenden Standpunkt hätten nur die Handelskammern Leipzig und Plauen eingesonnen. Jedenfalls sei das Landeslebensmittelamt jetzt nicht in der Lage, das Verbot wieder aufzuheben, solange die Stimmung im Publikum nicht besser werde und die Gründe für den Erlass des Verbotes noch vorhanden bleiben, als es notwendig sei.

Hieran schloß sich eine kurze Aussprache. Abg. Hartmann erklärte sich mit den Ausführungen des Ministers Schwarz zufrieden, nur habe er die kleinen Existenzn nicht genügend berücksichtigt.

Nachrichten aus Sachsen

Zur Schulfrage

Auf die Konferenz, die am Sonntag, den 22. Juni, nachmittags Punkt 3 Uhr, im katholischen Gesellenhaus in Dresden stattfindet, sei nochmals hingewiesen. Ginge in den sind die Herren Prälaten und Seelsorger, die Mitglieder der katholischen Schulvorstände die Mitglieder der Elternauschüsse der katholischen Schulen, der Landesvorstand des katholischen Lehrerverbandes, die Geschäftsführer des Volksvereins für d. l. D. Auf zur Arbeit für die höchsten Güter!

Am Mittwoch fand im Kultusministerium über die Neuregelung des Schulwesens eine lange Beratung mit Sachverständigen statt, an der auch die Vertreter der katholischen und der protestantischen Kirche teilnahmen. Der Entwurf über das Übergangsgebot ist noch nicht veröffentlicht, er wird in den nächsten Tagen noch vom Kultusministerium beraten und dann alsbald der Volkskammer vorgelegt werden. In der Frage des Religionsunterrichtes soll, wie verordnete Blätter zu melden wissen, es vorläufig bei der Dezember-Versammlung des sächsischen Kultusministeriums bleiben, bis die endgültige Entscheidung in der Nationalversammlung gefallen ist. Sonst scheint sich an den Anträgen der Volkskammer wenig geändert zu haben. Eine Reihe von Schulwünschen der Wenden soll erfüllt werden. Wie weiter berichtet wird, soll ein Gesetz in Vorbereitung sein, das den Austritt aus den Religionsgemeinschaften erleichtern soll.

Der Einspruch des Hochw. Herrn Bischofs und sein Appell an die katholische Eltern sind heute bei uns als Sonderdrücke erschienen, und zwar zum Selbstkostenpreis. (250 Stück 11 M., 1000 Stück 19 M., 2000 Stück 30 M., 10.000 Stück 95 M.) Es sind schon zahlreiche Bestellungen eingegangen.

Leipzig. Alle männlichen und weiblichen, gegen Gehalt oder Lohn Angestellten können am nächsten Sonntag von 9—1 Uhr in den öffentlich bekannt gemachten Räumen zum Arbeiterrat mitwählen, sofern ihr Einkommen an dem Dienst nicht mehr als 10.000 M. und das Alter von 20 Jahren am 22. 6. 1919 erreicht ist. — Im Gegensatz zu den Wahlen des vergangenen Winters ist für die Beamtenspartei keine eigene Liste für die Arbeiterratswahl aufgestellt. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokratischen Partei, haben sich zusammengetan und eine gemeinsame Liste aufgestellt. — Höchste Wahlbeteiligung unserer Parteidreunde muß erwartet werden. (Vergl. Anzeige.)

Leipzig. Der Reichsgerichtsrat Könige ist zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht ernannt worden.

Die Unabhängige Sozialdemokratie arbeitet gegenwärtig mit großer Betriebsamkeit daran, die Arbeiter gegen die Soldaten und zugleich gegen die Regierung aufzuhetzen. Eine der zu diesem Zweck von ihr verbreiteten unerhörten Agitationslügen behauptet, die Regierung habe die Sicherheitsstruppen aufgelöst, weil sich unter ihnen zu viel Arbeiter befunden hätten. Richtig ist, was den letzten Punkt anlangt, das Gegenteil. Die Regierung legt gerade das größte Gewicht darauf, daß sich recht viele Arbeiter und besonders recht viele organisierte Arbeiter zur Reichswehr und zu den Grenzschutztruppen melden. Die Auflösungen von Sicherheitsstruppen haben aus verschiedenen Gründen erfolgen müssen. Vor allem, um sie nach und nach gemäß den reichsgefechtlichen Bestimmungen über die Reichswehr umzuformieren. In einigen Fällen auch, weil aus finanziellen Gründen in einzelnen Garnisonen die Truppenzahl verringert werden müssen. Von Grenzschutztruppen ist lediglich einmal eine einzige Kompanie der schon während des Krieges an der böhmischen Grenze stehenden Polizeistruppen aufgelöst worden, und zwar keineswegs deshalb, weil in ihr zu viel Arbeiter gewesen wären. Was die Studenten anlangt, so ist, genau wie an alle anderen Volkskreise, auch an sie die Aufforderung ergangen, in die Freiwilligenverbände einzutreten.

Aus Dresden

* Lebensmittelbelieferung für die Stadt Dresden steht „Amtliche Bekanntmachungen“.

* Fleischversorgung. In der nächsten Woche (23. bis 29. Juni) wird an Stelle der laufenden Fleischversorgung ausländisches Geflügelhähnchen als Sonderausweitung verteilt. Die Verteilung findet auf die Fuhrzeugstationen für ausländische Fleischwarenfleisch statt. Die näheren Bestimmungen enthalten die Bekanntmachung. Die laufende Fleischversorgung der nächsten Woche (22. bis 29. Juni) wird in der übernächsten Woche (30. Juni bis 6. Juli) mit ausgegeben, so daß in der übernächsten Woche auf die Reichsfleischstationen Reihe „S“ und „T“ 300 Gramm zur Verteilung kommen werden, wodurch die Personen aus den Amthauptmanufakturen, welche sich von Dresdner Fleischern beliefern lassen, erhalten in der nächsten Woche (23. bis 29. Juni) auf die Reichsfleischstationen Reihe „S“ 150 Gramm, darüber 75 Gramm Fleisch. Beigleichen werden auch die Bezugsscheine A und B beliebt. Beigleich der Fleischstationen, welche gemäß der letzten Bekanntmachung in der laufenden Woche (16. bis 22. Juni) zur Verteilung kommen, ist noch bekannt zu geben, daß die Fleischkonserven reichlich Fleischbrühe enthalten, welche dem Verbraucher mit zugesogen und von diesem mitgenommen werden muß. Es ist sehr schwach und wertvoller Fleischbrühe, die an Nährwert dem reinen Fleisch gleichkommt. Es empfiehlt sich, Gefüße zur Abholung mitzubringen.

* Das Stadtverordnetenkollegium erledigte in seiner gestrigen Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung. Aus der Registrazione war eine Mitteilung des Rates erwähnenswert, nach der er dem abweichenden Beschlusse der Stadtverordneten über die Bereitstellung eines Berechnungsgeldes von 150 000 Mark zur Deckung der Kosten für die Bildung einer Einwohnerwehr für Dresden beigetreten ist. Im Anschluß hieran fand eine längere Aussprache über die Tätigkeit des Bürgerrates und seinen Protest in den Tageszeitungen statt. Dann erledigte das Kollegium einen Antrag des Herrn Bürgermeister Lehmann betr. die Errichtung von Spielclubs in Dresden. Er wünschte besonders, daß der Rat die Spielclubs mit einer hohen Steuer belegen möchte. Außerdem wandte er sich gegen die sogenannten Vergnügungsstätten in der Seestraße und Wildstrasser Straße. Nach einer längeren Aussprache nahm das Kollegium den Antrag an, der dahin ging, den Rat um Auskunft darüber zu ersuchen, 1. ob ihm bekannt sei, daß man in Dresden Städte eingerichtet habe, in denen bei Tag und Nacht das Glücksspiel betrieben wird, 2. ob er hiergegen bei den zuständigen Behörden vorstellig werden wolle. Weiter beschloß das Kollegium auf Antrag des St.-V. Voigt den Rat zu ersuchen, in dem Grundstück des Zentralarbeitsnachweises Marienstraße 17 mit größter Beschleunigung eine Sanitätsstation einzurichten. Schließlich stimmte das Kollegium gleichfalls noch dem Mehrheitsgutachten des vereinigten Finanz-, Rechts- und Verwaltungsausschusses über Erhöhung des Tariffs der städtischen Straßenbahnen zu. Hierauf sollen in Zukunft Fahrkarten für 9 Einzelfahrten zum Preise von 2 Mark und Fahrkarten für 50 Einzelfahrten zum Preise von 8 Pf. ausgeteilt werden. Ferner werden an nicht mehr schulpflichtige Schüler und Schülerinnen sowie an Lehrlinge und Lehrmädchen bis zum Ablauf des Kalenderjahrs, in welchem sie das 20. Lebensjahr vollenden, Fahrkarten für 25 Einzelfahrten im Tagesverkehr zu je 25 Pf. zum Preise von 3 R. abgeben. Außerdem werden den Kriegsheimbeschädigten, Blinden und ihren Führern Fahrkarten zum ermäßigten Preise wie den Schülern und den Lehrlingen zugebilligt. Die Gültigkeit des neuen Tariffs wurde auf die Zeit bis ersten Oktober 1920 festgesetzt. Der Antrag des St.-V. Hänel betr. den sofortigen Erlass von Bestimmungen für den 6 Uhr Badenschluß wurde abgelehnt. Schließlich bewilligte das Kollegium noch 200 000 Mark aus dem gemeinnützigen Fonds zur Unterbringung von Dresdner Kindern auf dem Lande im Sommer 1919.

* Staatswissenschaftliche Vorträge. Die Durchführung des Rötesystems nach den Plänen der Regierung, ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen behandelte am Dienstagabend im Festsaal des König-Georg-Gymnasiums Herr Regierungsrat Dr. Flügler. Er betonte: Zur Wiederanfristung der Volkswirtschaft hätten sich Arbeitsgemeinschaften gebildet und die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinigt. Durch Kollektivverträge sei erreicht worden, was die Gewerkschaften seit Jahrzehnten erstrebt haben. Auf deren Grundlage könne wirklich soziale Arbeit geleistet werden. Unter der paritätischen Mitwirkung beider Teile seien die jeweiligen Arbeitsbedingungen (Tarife) geschaffen worden, eine mittlere Linie, auf der man marxieren könne. Redner sprach mit großer Sachkenntnis über den Aufbau des Rötesystems und über die Aufgaben des Reichsarbeitsrates. Die Betriebsräte hätten darüber zu waden, daß die Tarifverträge eingehalten werden, und bei Entlassungen von Arbeitern und Angestellten in den Betrieben mitzuwirken. Die Errichtung der Betriebsräte sei durchaus gesund. Herr Dr. Flügler beleuchtete die von Walter Rathenau empfohlene Planwirtschaft, durch die bei möglichst geringem Aufwand und bei Ausschaltung aller Konkurrenz und Reklame ein möglichst großer Nutzen erstrebt werden soll. Eine gewisse Berechtigung sei den Gedanken Rathenaus nicht abzusprechen. Redner steht jedoch den Selbstverwaltungskörpern skeptisch gegenüber. Seine sehr interessanten Darlegungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

* Der Mörder des Ministers Neurings ist nunmehr einwandfrei festgestellt. Es ist der Matrosen Gottloben, der Neuring von den Elbwiesen aus erschossen hat. Der Matrose Pietzsch hat mit dem Kolben den Minister, der sich an der Brüstung der Elbbrücke anklammerte, so lange auf die Hände geschlagen, bis er loslassen mußte und in die Elbe fiel. Erwähnt sei noch, daß eine Frau mehrmals mit der Hutmadel auf Neuring eingetragen hat. Alle drei Personen befinden sich in Haft. Der Prozeß wird im Juli verhandelt werden, der Tag steht jedoch noch nicht fest.

Gerichtssaal

Der Raubmord in Friedrichstadt beschäftigte das Dresdner Schwurgericht in einer längeren Sitzung. Es handelte sich um die Ermordung und Herausforderung des Bil-

garrenhändlers Friedrich Albert Reichel, der im Hause Friedrichstraße 38 ein Zigarrengeschäft betrieb. Man fand Reichel am Donnerstag den 20. März in seinem Bett tot auf und zwar war ihm eine Schnur um den Hals gelegt worden, mit deren Enden die Hände auf der Brust zusammengebunden waren. An der rechten Schläfe des Toten befand sich eine Wunde, die von dem Schlag mit einem Beile herkam. Angeklagt waren der Handlungsbhilfs-Karl Adolf Otto Keiliz aus Leipzig, der Schlosser Max Kurt Scherzer aus Geilsdorf i. B. und der Handlungsbhilfs Franz Bernhard Böhme aus Braunschweig. Keiliz und Böhme sind noch unbestraft, während Scherzer bereits mehrfach vorbestraft ist. Die Angeklagten werden beschuldigt, Reichel vorsätzlich getötet und ihm 14 000 Mk. bares Geld, 100 Zigarren, 500 Zigaretten und eine Anzahl Kleidungsstücke gestohlen zu haben. Scherzer hat hierbei als Gehetz mitgewirkt. Keiliz und Scherzer wurden wegen Raubmordes zum Tode und zum dauernden Ehrenrechtsverlust und Böhme zu drei Jahren Gefängnis und dreijährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Katholischer Gesellenverein. Der Zusammung unter dem Verein nach der Spezialschule findet am nächsten Sonntag den 22. d. M. statt. Treffpunkt Bahnhof Hainsberg, Abmarsch 7/4 Uhr. Fahrtgelegenheit an Hauptbahnhof nach 8.12 Uhr und mit der Sitzbahnlinie Linie 22 bis Bahnhof Hainsberg. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Dresden. Kathol. Gesellenverein. Schülmitglieder Mittwoch den 25. Juni abends 8 Uhr im Gesellenhaus Generalversammlung. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Dresden-Joh. Katholisch der Arbeiterverein „St. Joseph“. Sonntag, 22. Juni Sommerausflug mit Gefangenabteilung und Junglingsverein nach Üllersdorf. Abmarsch für die Bahnabteilung 1/2 vor Moskau-Schlopp, für die Streitkrieger 2 Uhr an der Nordgründau. Von da die Heimreise nach dem Bahnhof Üllersdorf. Fahrlässt gemäßliches Befähmen sein, für Unterhaltung ist gesorgt. Volljährige Beteiligung erwünscht, Gäste herzlich willkommen. Bei ungünstiger Witterung soll eine Absonderung stattfinden. Dazu Treffpunkt 8 Uhr am Walderseeplatz, von da durch den Großen Garten nach Straßen, Goldene Krone.

Dresden-Löbtau. Sonntag den 22. Juni abends 8 Uhr hält der kathol. Arbeiterverein Dresden-Löbtau im Restaurant „Goldener Adler“ seine Monatsversammlung mit Vortrag des Herrn Pfarrer Schindler ab. Alle Mitglieder werden erachtet recht zahlreich erscheinen. Gäste herzlich willkommen.

Kamenz. 16. Juni, 10 Uhr vorm. Die kathol. Gemeinde von Kamenz hatte am Sonnabend hohen Besuch. Der hochwürdige Herr Dr. Löbmann war gekommen, um das hl. Sakrament der Firmung zu spenden. Um Sonnabend, 6 Uhr nachmittags, trat er in Begleitung des Herrn Domvikar Bräutigam Stola von Marienberg ein. An der Spitze des Kirchenvorstandes und der Gemeindeempfang Herr Pfarrer Gauer den hohen Gott am Portal der Kirche. Den feierlich gefärbten Gotteshaus vorweglich traf die übliche Begrüßung des Oberherrn. Kathol. Sitze entnahm sodann der Herr Bischof im feierlichen Zuge die Gräber des Friedhofes. Sonntag früh 9 Uhr fand tierisches Pontifikalamt statt. Dem Bischof offiziell am Altar Herr Prälat Stola, Pfarrer Dräger (Krostitz), Pfarrer Gust (Röbel) und G. Romwald (Röthenbach). Die Patenamtsherrlichkeit Marienberg hatte in H. Johannes ihren Vertreter entstellt. Die tierischen Messe empfingen sodann 145 Kinder und auch mehrere Erwachsene die hl. Firmung und damit die Gnaden Gaben des hl. Geistes. Am Montag Morgen fand die Stellungsprüfung der Schülkinnen statt. Um die Mittagsstunde verabschiedete HQ der hohe Gott während die Gläser der Kirche ihm ihre Abschiedsgrüße zuließen.

Kamenz. Kath. Gemeindeversammlung. Zahlreich des Besuchs des hochwürdigen Herrn Bischof Dr. Löbmann hatte die katholische Gemeinde von Kamenz in der „Königskrone“ eine glänzende feierliche Versammlung am Sonntag nachmittags. Herr Pfarrer Gauer leitete die Versammlung und begleitete den Oberherrn und entrollte ein Bild der verschiedenen religiösen und sozialen Streitungen in der Gemeinde. Pfarrverein und Schulverein sorgten für den unterhaltsamen Teil der Versammlung. Wichtig vor allem war die Rede des Herrn Regierungssamtmannes von Schönberg-Rothschönberg und des Herrn Bischofs selbst. Erster vertrittet sich über den Stand der Schulfrage.

Die Männer der Regierung wollen die konfessionelle Schule. Damit greifen sie an das Recht der Eltern. Den Eltern gehören die Kinder durch die Natur. — Der Staat hat erst in weiterer Linie Rechte an den Kindern. Die Entfernung der Religion Christi aus der Schule ist ein Raum an den christlichen Eltern. Das Elternhaus pflegt eine Religion — die Schule rautet diese. Mit welchem Rechte? Mit dem Rechte der Gewalt? Das ist aber Gewissensdrang. Wo bleibt da die die geprägte Gewissensdrang? Die religiöse Schule arbeitet für die sozialistische Weltanschauung und bekämpft das christliche Elternhaus. Welche Folgen in der Kinderseele: Zwiespalt, Zweifel. Das Elternhaus baut auf dem Boden der Erfahrung, der göttlichen Liebe Jesu Christi — Die Regierung auf dem irrgärtlichen Boden des Irrtums. Mit das nicht ein Experiment mit unschönen Kinderseelen! Deshalb trogt jedes christliche Elternhaus den unberechtigten Verdacht der sozialistischen Regierung, die Schule zu entchristlichen. Das war der Kern der Worte des Herrn Redners. Der Elternauszug brachte darauf folgende Resolution ein:

Die am 15. Juni 1919 in Kamenz versammelten kathol. Eltern erheben einschlägig entschiedenen Einspruch gegen die Vergewaltigung ihrer heiligsten Rechte, wie sie von der fachl. Volksschulreform gebildeten Mühlen für die geplante Schulreform vorsehen. Wir verlangen, daß unsere Kinder unserer Christi. Weltanschauung entsprechend erzogen werden. Nach dem Grundsatz: Gleiches Recht für alle, fordern wir die uns von der jeglichen Regierung zugesagte freie Religionsausübung und als deren Folgerung, unsere Weltanschauung auf unsere Kinder zu übertragen. Wer dieses unser Recht antreibt, sieht sich in dem schärfsten und unehrenhaftesten WiderSpruch mit seinen Freunden unter uns. Mit Entschließung zeigen wir das unerhörte Unfassbare zurück, die Seelen unserer Kinder zu Verführungen einer, von einseitiger ParteiPolitik diffinierten Schulordnung herabzufüllen zu lassen. Dementprechend fordern wir nicht allein die volle ungefährliche Erziehung unserer bewohnten kathol. Schulgemeinschaft, kathol. Schüler und Lehrer in kathol. Schulen, die von uns mit schweren Opfern begründet und erhalten worden sind. Wir sind sehr enttäuscht, diese unsere Forderungen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu vertreten und dabei auch der Gewalt nicht zu weichen. Einstimmig wurde die Resolution angenommen.

Die Worte des Herrn Bischof Dr. Löbmann enthielten eine herzliche Begrüßung der Kirchengemeinde und Anregung und Begeisterung für ideale Grundzüge der kathol. christlichen Weltanschauung. Er wandte sich in besonderer Weise an die Eltern und gebot ihnen den Weg vor, der zum Glück. Wohl; sie ist leicht und besonders dem Familienglieder, die Kinder. Mit warmer Sympathie sprach er seine hohe Anerkennung für manche und im Stillen geleistete Arbeit und lobte einige eindrucksvolle Ortskinder mit der Aufforderung zur Treue zur Kirche.

Wurzen-Grimma. Kath. Gemeinden. In der Pfingstwoche und zwei Dienstagabend zu Grimma im Gasthaus von Stoboda, und Mittwoch zu Wurzen im Gasthaus „Stadt Berlin“, sprach vor den betriebsamen Vereinen Berliner Rüstung Herr Seefried Hoffmann aus Dresden über die Notwendigkeit der Organisation im gegenwärtigen Zeit. Die Grimmaer Versammlung des Männervereins, die eines besonders guten Besuch aufwies, befürwortete eine erfreuliche, vom Präs. Walter Riebel besonders deutbar erkennbare Haltung zum geistlichen Bütteln und seiner Stellungnahme gegen die Prälatur der kath. Schule. — In der Wurzener Versammlung, die verhältnismäßig weniger gut besucht war, verbreitete sie die normale Stellungnahme der Versammlungen für die Beibehaltung der kath. Schule zu folgendem Protokolltelegramm, welches sowohl

an die Sächsische Volkskammer als auch an das Kultusministerium zu Dresden abgesandt wurde:

„Zu gemeinsamer Sitzung am 11. Juni vereint, protestieren aufs entschiedenste gegen etwaige geheime Maßnahmen zur Belebung der konfessionellen Volksschule unter Förderung des kath. Hochschulvereins des Landes für den kath. Männerverein Berlin: Schmidt, für den katholischen Arbeiterverein (Gie. Berlin): Banger, für den Verein ehemaliger Frauen und Mädchen: Switala, für die Oberschule katholisch-feministischer Schwestern und Dienstmädchen: Ernst Banger.“

Letzte Telegramme.

Die große Krise

(Eigener Drahtbericht der „Sächsischen Volkszeitung“)

Politischer Situationsbericht unseres Weimarer Vertreters.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag

Die parlamentarische Lage gegenüber dem Friedensschluß beginnt sich nunmehr allmählich zu klären. Die Fraktionen haben ihre Vorbereitungen abgeschlossen und werden Freitag ihre Entscheidung treffen. Ein Abstimmungswahl wird diesmal wohl von keiner einzigen Partei ausgenutzt, weil bei dieser vereinbarungsvollen Schiedsfrage jedem einzelnen deutschen Volksvertreter die Entscheidung selbst überlassen bleiben muß. Die Stellungnahme für Ablehnung oder Unterwerfung ist auch jetzt noch bei den Fraktionen geteilt. Nur die Unabhängigen sind ziellos für die Unterzeichnung. Bei den Sozialdemokraten scheint sich unter heftigen inneren Streitigkeiten eine Meinung für die Unterzeichnung herauszubilden zu wollen. Das gleiche dürfte beim Zentrum der Fall sein. Hier überwiegt der Gedanke, daß angeblich des umwehrbaren Votum des Reiches bei einem Vormarsch der Entente truppen die Unterzeichnung als das kleinere Übel anzusehen ist. In den Reihen der Demokraten haben zur Stunde noch die ablehnenden Stimmen das Übergewicht. In den Rechtsparteien ist ebenfalls eine einheitliche Stellungnahme nicht wahrzunehmen, hier ist allerdings die Stimmung vorwiegend für Ablehnung, aber es gibt doch auch manche einflussreiche Persönlichkeiten, die auch einen anderen Standpunkt vertreten.

Zur Stunde wäre demnach die politische Lage darin zu charakterisieren, daß eine, wenn auch knappe Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorhanden ist. Bezeichnet für die Lage ist, daß die von Scheidemann namens der Reichsleitung und mit Zustimmung des Kabinett seinerzeit geprägte Formel: „Unverträglich, unerfüllbar und unannehmbar“ jetzt dahin geändert worden ist, daß nur die beiden ersten Kennzeichnungen stehen bleiben, während das „Unannehmbar“ wegfallen zu sein scheint. Es ist eine leere Kombination, wenn Gerichte wissen wollen, daß Erzberger das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen werde. So viel aber dürfte patzieren, daß Freiberg von Ritterhosen als Vertreter der Demokraten in die Regierung eintreten wird. Er ist der Führer der Gruppe, welche für die Unterzeichnung des Friedensvertrages sich einsetzt. Als Ministerkandidat für die Wehrheitssozialisten wird Herm. Müller genannt, welcher vom jüngsten sozialdemokratischen Parteitag zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei gewählt wurde.

Wesentlich ist, daß am Donnerstag in Weimar auch eine Befreiung über die militärische Lage stattgefunden hat. Neben dem Reichswehrminister Rosse nahmen an ihr der Kriegsminister Reinhard, die Generale Mölder, Lüttwitz und von Oldershausen teil. Ganz besonders bemerkenswert wurde die Teilnahme des Generals Grüner. Die Befreiung hat nicht nur die Lage, die sich militärisch bei eventl. Ablehnung des Friedensvertrages für Deutschland ergibt, zum Gegenstand der Erörterungen, sondern es wurde auch über die Maßnahmen beraten, die zu ergreifen wären, wenn die für die nächsten Tage geplanten ganz Deutschland erfassenden Rollen der Kommunisten zur Ausführung kommen würden.

Generalstreik im Waldenburger Kohlenrevier.

Waldenburg (Schlesien), 19. Juni. Die Bergleute des Waldenburger Bezirks sind heute wegen Lohnforderungen in den Generalstreik eingetreten.

Berantwortlich für den gesamten Inhalt: Hauptgeschäftsführer Basil Schleier. — Druck und Verlag der Saxonie-Buchdruckerei G. m. b. H. in Dresden.

Ratholitisches Casino zu Dresden

Sonntag den 22. Juni 1919:

Ausflug nach der Lößnitz.

Treffpunkt 1/2 Uhr am Casino-Wilder Mann. Später Kommande treffen und im Ratskeller zu Lößnitzschmied. Treffpunkt von 7 Uhr an geöffnetes Bierkessel zu Lößnitzschmied. Gäste sind herzlich willkommen.

Um zahlreiche Beteiligung bitten Der Vorstand.



Künstler-Vereinigung

Dresden, Lennéstraße

Sommer-Ausstellung 1919

Gemälde - Plastiken

Morgen geöffnet von 1 Uhr an

Eintritt M. 1.15, Dauerkarte M. 2.40

Anschlußkarte M. 1.20



